

# RS Vwgh 1998/12/16 96/12/0282

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 16.12.1998

## Index

001 Verwaltungsrecht allgemein  
10/13 Amtshaftung Organhaftpflicht Polizeibefugnis-Entschädigung  
40/01 Verwaltungsverfahren  
63/01 Beamten-Dienstrechtsgesetz  
63/02 Gehaltsgesetz  
63/06 Dienstrechtsverfahren  
63/08 Sonstiges allgemeines Dienstrecht und Besoldungsrecht

## Norm

AHG 1949;  
AusG 1989 §15;  
AVG §56;  
AVG §8;  
BDG 1979;  
DVG 1984 §3;  
GehG 1956;  
VwRallg;

## Rechtssatz

Die von einem Beamten, einem nicht zum Zug gekommenen Bewerber um verschiedene ausgeschriebene Leitungsfunktionen, begehrten bescheidmäßigen Feststellungen waren auf Tatsachen, Vorgänge und Motive iZm der Besetzung von ausgeschriebenen Funktionen bezogen, um die sich der Beamte auch beworben hatte. Eine Parteistellung von Bewerbern ist im § 15 AusG 1989 ausdrücklich ausgeschlossen. Der Beamte begehrte ausdrücklich die BESCHEIDMÄSSIGE Feststellung im oben dargestellten Sinn und stützte dies offenbar auf das Dienstrecht iVm dem Amtshaftungsrecht. Solche Feststellungen wären aber nur dann zulässig gewesen, wenn dies in der Rechtsordnung vorgesehen wäre (Hinweis E 27.11.1958, 57/58, VwSlg 4822 A/1958).

## Schlagworte

Anspruch auf bescheidmäßige Erledigung und auf Zustellung, Recht der Behörde zur Bescheiderlassung  
Feststellungsbescheide Individuelle Normen und Parteienrechte Rechtsanspruch Antragsrecht Anfechtungsrecht  
VwRallg9/2

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:1998:1996120282.X01

## Im RIS seit

11.07.2001

**Quelle:** Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)